

Protokoll

XI/SGR/004

**über die öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates
der Samtgemeinde Baddeckenstedt
am Dienstag, den 21.06.2022, von 18:30 Uhr bis 21:15 Uhr
im Dorfgemeinschaftshaus Oelber, Kirchkamp 1, Oelber a.w. Wege**

Anwesend:

Ratsmitglied

Brandes, Bernd
Brandes, Katrin
Bruer, Hans-Joachim
Festerling, Arno
Franzke, Tim-Oliver
Grenz, Stephan
Hoffmeister, Björn
Karbstein, Jürgen
König, Henning
Kott, Alexander
Rollwage, Sherin
Sander, Martha-Theres
Schadler, Michael
Scheuven, Sebastian
Schrader, Gerhard
Söhnel, Nico
Tempel, Michael
von Cramm, Helena Freifrau
Vree, Friedhelm
Wagner, Kai
Wiezer, Dirk Swen
Wolf, Hans-Heinrich

Gleichstellungsbeauftragte

Busch, Deborah

SGB

Brandt, Frederik

Verw. Ang.

Kälin, Sandra

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Vogt, Kathrin

Sonstige Teilnehmer

Findling, Raisa

Flüchtlingsbeauftragte

Abwesend:

Ratsmitglied

Bülow, Dieter

Löhr, Norbert

Waßmuß, Harm

Wöllke, Wolfgang

Öffentliche Sitzung

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Samtgemeinderates

RM Schrader weist darauf hin, dass sich die Ratsgruppe Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke bei der Genehmigung der Tagesordnung enthalten werde, da diese es kommunalverfassungsrechtlich bedenklich finde, dass TOP 6 abgeändert worden sei. Der Sprecher bittet zudem, dies im Protokoll zu vermerken.

Hierüber und im Übrigen gibt es keine weiteren Einwendungen und Ergänzungen.

2. Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Samtgemeinderates vom 22.03.2022

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 19 Enthaltungen: 4

3. Einwohnerfragestunde

3.1. Stimmrecht im Schul- und Kulturausschuss

Fr. M. Bock (Elternvertreterin der GS Hohenassel) möchte wissen, was dazu geführt habe, dass bisher noch keine Antwort darüber ergangen sei, ob die Elternvertreter im Schul- und Kulturausschuss ein Stimmrecht hätten.

SGB Brandt antwortet darauf, dass die zuständige Hauptsachbearbeiterin die Angelegenheit noch nicht prüfen konnte. Der SGB entschuldigt sich in aller Form dafür und bedankt sich für den bisher konstruktiven Austausch mit den Elternvertretern/innen.

3.2. Zwischenbericht interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulen

Fr. Hermann (Elternvertreterin Sehlde) fragt nach einem Zwischenbericht des Arbeitskreises, der sich mit der Zukunft der Schulen befassen würde.

SGB Brandt erläutert, dass sich seit dem letzten Stand keine Neuerungen ergeben hätten. Im Hintergrund würden derzeit Prüfungen des Landkreises, was bauliche Themen anbelange, lau-

fen. Sobald sich die interfraktionelle Arbeitsgruppe zu einem erneuten Treffen zusammensetzt, werde man darüber berichten.

3.3. Hortplatz Grundschule Sehlde

Hr. M. Beims führt aus, dass er für seinen Sohn einen Bescheid erhalten habe, dass aufgrund zu hoher Nachfrage kein Hortplatz in Sehlde zur Verfügung stehe. Der Sprecher möchte wissen, warum es so weit kommen konnte, obwohl die Zahlen nachweislich schwanken würden und allen bekannt waren.

SGB Brandt antwortet darauf, dass er zum jetzigen Zeitpunkt nichts dazu sagen könne und bittet darum, einen Gesprächstermin bei Fr. Vogt zu vereinbaren, an dem ebenfalls Hr. Derer (pädagogische Gesamtleitung) teilnehmen werde, um das Problem zu eruieren.

3.4. Situation Hort Elbe

Fr. Langer möchte wissen, wann die Eltern mit einer Entscheidung bezüglich eines Hortplatzes in Elbe rechnen können. Eine entsprechende Bedarfsabfrage sei erfolgt, die Eltern hätten bisher noch keine Antwort bezüglich des Vergabeverfahrens erhalten.

SGB Brandt antwortet darauf, dass die Bedarfsabfragen noch nicht abgeschlossen seien bzw. sich noch nicht alle Eltern zurückgemeldet hätten. Es dürfe niemand einfach aus dem Hort herausgeworfen werden, da dies die Satzung der Kindertagesstätten nicht hergebe. In Bezug auf den aktuellen Stand äußert der SGB, dass bisher zwei Gruppen eröffnet werden könnten. Man sei jedoch optimistisch, dass eine dritte Gruppe hinzukommen werde. Es werde kontinuierlich versucht, weiteres Personal zu akquirieren, um wieder eine dritte Gruppe zu eröffnen. Eine konkrete Absage sei daher noch nicht erfolgt.

Auf Nachfrage von Fr. Langer lässt RM Brandes eine zweite Frage zu.

Fr. Langer kritisiert die Verfahrensweise und fragt nach, wie die Eltern mit dieser Situation umgehen sollen und wann mit einer Antwort zu rechnen ist.

SGB Brandt versichert, im Rahmen einer Dienstbesprechung mit allen Beteiligten zu sprechen und zu eruieren, wann mit einer Antwort zu rechnen sei. Weiter geht der SGB darauf ein, dass er zum jetzigen Zeitpunkt sicher sagen könne, dass 40 Plätze angeboten werden können. Die dritte Gruppe planungsseitig auszuschließen käme nicht in Frage, da dies implizieren würde, dass die Verwaltung sich nicht mehr damit beschäftige, eine dritte Gruppe zu generieren. Der Sprecher bietet zudem an, einen Gesprächstermin zu vereinbaren, um weitere Lösungsmöglichkeiten zu finden.

3.5. Raumsituation Hort Elbe

Hr. Kamphenkel fragt nach, wie die Raumsituation gelöst werde, wenn eine dritte Hortgruppe generiert werden sollte. Lt. seinem Kenntnisstand werde der Raum der dritten Hortgruppe für eine weitere Schulklasse genutzt.

SGB Brandt stimmt dem zu und geht darauf ein, dass bei einer weiteren Hortgruppe eine Doppelnutzung herbeigeführt werden könnte. Dies sei gesetzlich vorgesehen. Zudem gäbe es dafür ein Konzept. Derzeit scheitere die dritte Hortgruppe lediglich aufgrund des Mangels von Fachpersonal.

3.6. Neuer Klassenraum GS Hohenassel

Fr. S. Bock (Elternvertreterin GS Hohenassel) möchte wissen, ob die Doppelbelegung von Räumen eine neue Möglichkeit sei. Die Sprecherin geht darauf ein, dass in der GS Hohenassel ein neuer Klassenraum geplant sei und fragt nach, ob dies weiterhin Bestand habe oder nicht erforderlich sei, wenn der Raum des Hortes genutzt werden könnte.

SGB Brandt erläutert, dass eine Doppelnutzung grundsätzlich möglich sei, dafür aber ein Konzept in Absprache mit der Grundschule und des Hortes erstellt werden müsse. Wenn pädagogisch nichts dagegenspreche sei dies machbar. Der Sprecher bittet darum, sich diesbezüglich mit der entsprechenden Sachbearbeiterin bzw. Amtsleitung in der Verwaltung in Verbindung zu setzen.

4. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder Freifrau von Cramm und Vree durch den Samtgemeindebürgermeister gemäß §§ 43,54 (3) und 60 NKomVG i.V.m. §§ 40 – 42 NKomVG

SGB Brandt verpflichtete die Ratsmitglieder Freifrau von Cramm und Vree gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes für die XI. Legislaturperiode und weist insbesondere auf § 40 Amtsverschwiegenheit, § 41 Mitwirkungsverbot sowie § 42 Vertretungsverbot hin. Die Pflichtenbelehrung wurde allen Ratsmitgliedern schriftlich zur Verfügung gestellt und unterschrieben.

Die Verpflichtung wird hiermit aktenkundig gemacht.

5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses

SGB Brandt gibt die nachfolgenden Beschlüsse bekannt:

- 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Baddeckenstedt für den Bereich Sehlde
- 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Baddeckenstedt für den Bereich Burgdorf Bahnhof
- 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Baddeckenstedt
- 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Baddeckenstedt für den Bereich DGH und Feuerwehr Haverlah
- Beschlussfassung, dass der Hort Elbe auf zwei Gruppen reduziert werden musste

6. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Samtgemeinde Baddeckenstedt für das Haushaltsjahr 2022; hier: lediglich Änderung des Stellenplanes

RM Brandes teilt mit, dass der vorliegende Tagesordnungspunkt umbenannt wurde. Ursprünglich lautete dieser „Bestätigung der Beschlussempfehlung des Personalausschusses vom 02.06.2022 - hier: Stellenplan - 1. Nachtrag 2022“. Die Sprecherin geht darauf ein, dass die vorherige Benennung rechtlich nicht korrekt gewesen sei und der TOP daher mit einer richtigen Fassung belegt werden musste.

SGB Brandt erläutert, dass die Bezeichnung in der Einladung nicht korrekt gewesen sei. RM Schrader habe darauf hingewiesen. Inhaltlich habe sich an dem TOP nichts geändert. Die Nachtragshaushaltssatzung sei entsprechend mit dem Stellenplannachtrag 2022 absolut identisch, was die Änderung der Anhebung der Entgeltgruppe 10 auf die Entgeltgruppe 11 anbelange.

RM Schrader äußert seine Bedenken, ob hier ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne. Im Personalausschuss sei eine BSE gefasst worden, im Samtgemeindeausschuss sei dies nur zur Kenntnis genommen worden. Somit mangle es an einer Beschlussvorbereitung, obwohl im SGA Protokoll vermerkt wurde, dass der TOP einstimmig genehmigt worden sei. Aus diesem Grund beantragt der Sprecher eine Sitzungsunterbrechung zur Einberufung eines SGA, um die Beschlussfassung nachzuholen. Laut Kommentierung sei dies zulässig.

RM Wolf schließt sich RM Schrader an. Der Sprecher merkt an, dass seine Ratsgruppe inhaltlich nicht dagegen stimmen werde, jedoch jede Verantwortung von sich weise.

Unterbrechung der Ratssitzung von 18:58 Uhr bis 19:05 Uhr

RM Brandes teilt mit, dass sich SGB Brandt dazu entschlossen habe einen SGA einzuberufen. Die Sprecherin bittet die Zuschauer, die Presse sowie Frau Findling den Raum zu verlassen, da es sich um eine nicht-öffentliche Sitzung handele.

Unterbrechung der Ratssitzung von 19:07 Uhr bis 19:20 Uhr

RM Brandes führt die Sitzung weiter.

RM Schrader stellt einen Änderungsantrag zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2022 und führt aus, dass die 10.000 €, die im Haushalt mit einem Sperrvermerk für das PLG Gutachten vermerkt worden seien, für die Flüchtlingsunterbringung verwendet werden solle.

RM Wolf bittet darum, den Änderungsantrag zurückzustellen, da sich niemand darauf vorbereiten konnte.

RM König merkt an, dass es sich bei RM Wolf formal ebenfalls um einen Antrag handeln würde und fragt nach, bei welchem Antrag es sich um einen weitergehenden Antrag handeln würde bzw. über welchen zuerst abgestimmt werden müsse.

RM Brandes äußert, dass zuerst über den Antrag von RM Wolf abgestimmt werden müsse.

RM Wolf weist drauf hin, dass dieser nur vertagt werden solle.

SGB Brandt fragt nach, auf welchen Zeitpunkt der Antrag verschoben werden solle.

RM Wolf antwortet darauf, dass dieser auf die nächste Sitzung vertagt werden solle.

RM Schrader merkt an, dass es sich um einen Haushaltsantrag handeln würde und daher nicht zulässig sei.

RM Wolf weist darauf hin, dass in diesem Fall der Antrag entweder zurückgezogen oder darüber abgestimmt werden müsse.

Daraufhin zieht RM Schrader seinen Antrag zurück.

BS: -einstimmig beschlossen-

Der 1. Nachtragshaushalt der Samtgemeinde Baddeckenstedt für das Haushaltsjahr 2022; hier: lediglich Ände-

rung des Stellenplanes, wird in der vorliegenden Form und Fassung beschlossen.

7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021 und 2022

Zur Kenntnis genommen

8. Beschluss über die Jahresrechnung 2020, die Entlastung des Samtgemeindebürgermeisters und die Ergebnisverwendung

RM Brandes beantragt die Entlastung des Samtgemeindebürgermeisters.

Ja-Stimmen: 21 Enthaltungen: 2

RM Brandes lässt über die Jahresrechnung beschließen:

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Jahresrechnung 2020 wird beschlossen.

Dem Samtgemeindebürgermeister wird die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 erteilt.

Der Jahresüberschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 458.317,03 € wird der vorhandenen Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Jahresüberschuss im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 2.882,73 € wird der vorhandenen Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Für das Jahr 2020 ergibt sich somit ein Jahresüberschuss von 461.199,76 €.

9. Einführung eines Tax Compliance Management Systems in der Samtgemeinde Baddeckenstedt

Verw.-Ang. Kälin führt aus, dass im Jahr 2015 die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand neu geregelt worden sei. Leistungen der öffentlichen Hand würden der Umsatzsteuer unterliegen, wenn sie mit den Leistungen privater Anbieter vergleichbar seien oder die öffentliche Hand im Wettbewerb zu privaten treffe. Bisher hätte es die Möglichkeit einer Optionserklärung gegeben, das bedeute, dass das alte Recht angewendet werden könnte. Ab dem 01.01.2023 seien die Kommunen gezwungen, das neue Recht anzuwenden. Gerade im Übergang auf dieses neue Recht könne es noch zu Fehleinschätzungen kommen. Um diese Risiken frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden, empfehle es sich ein Tax Compliance Management einzuführen. Hierbei handele es sich um ein steuerliches Kontrollsystem, dass die Einhaltung von steuerlichen Regeln und Vorschriften überwache. Innerhalb dieses Systems müssten Ziele klar definiert werden. Zudem müsse man Rollen und Verantwortlichkeiten sowie die Ablauforganisation auf die steuerlichen Belange anpassen. Für die Einhaltung dieser Regeln müsse ein Beauftragter benannt werden. Dieser dürfe nicht in der Organisation der Kämmerei angesiedelt sein. Zudem habe man vorgesehen, den SGA und ggfs. SGR in regelmäßigen Abständen über den Fortlauf des Projektes zu unterrichten. Da noch nicht abzusehen sei, ob ggfs. externe Unterstützung benötigt werde, wolle man erst einmal einen Betrag in Höhe von 5.000 € für das System im Nachtragshaushalt aufnehmen.

Nach kurzer Sachdiskussion merkt RM König an, dass es allein aus der Fürsorgepflicht heraus erforderlich sei, der Vorlage zuzustimmen.

RM Scheuven äußert, dass der im Nachtragshaushalt angesetzte Betrag in Höhe von 5.000 € zu niedrig sei.

BS: -einstimmig beschlossen-

Zur Vorbeugung und Vermeidung von steuerlichen Risiken im Zusammenhang mit der Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) ist bis spätestens 31.12.2022 ein Tax Compliance Management System auf Grundlage eines Projekt- und Maßnahmenplans für die Samtgemeinde Baddeckenstedt zu entwickeln und einzuführen.

Der Samtgemeindeausschuss ist in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des Projekts zu unterrichten.

Im zweiten Nachtragshaushalt 2022 werden 5.000 € für die eventuelle Inanspruchnahme von externem Sachverstand bereitgestellt.

10. Rechtsnachfolge der Trägerschaft der kirchlichen Kindertagesstätten Berel und Gustedt

BS: -einstimmig beschlossen-

Der Samtgemeinderat stimmt der Rechtsnachfolge der Trägerschaft der beiden kirchlichen Kindertagesstätten Berel und Gustedt zu.

Beide Einrichtungen werden ab dem 01.08.2022 nicht mehr –wie bisher- von den jeweiligen Kirchengemeinden Berel und Gustedt als Träger geführt, sondern von der Propstei Salzgitter - Wolfenbüttel - Bad Harzburg.

11. ILE-Region Nördliches Harzvorland; hier: Fortführung der regionalen Zusammenarbeit und Teilnahme anderer EU-Förderperiode 2023 – 2027 im Rahmen der LEADER-Förderung

SGB Brandt führt aus, dass das Projekt ILE-Region Nördliches Harzvorland auslaufe und eine neue Förderperiode (2023 - 2027) entstehe. Die SG Baddeckenstedt beteilige sich mit vielen anderen Kommunen an dieser Leader-Förderung (Solidaritätsprojekt). Federführend sei hier die Gemeinde Schladen-Werla. Zudem würde man mit der Fa. Sweco zusammenarbeiten. Die Zulassung über dieses Projekt befinde sich derzeit beim Amt für Regionale Landesentwicklung.

RM Brandes fügt hinzu, dass sich die SG mit einem Betrag in Höhe von 5.000 € an dem Förderprogramm beteilige.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Die Samtgemeinde Baddeckenstedt beteiligt sich vorbehaltlich der Anerkennung als LEADER-Region in der EU-Förderperiode 2023 – 2027* als Mitglied an der LAG Nördliches Harzvorland.
2. Die Samtgemeinde Baddeckenstedt wird die Umsetzung der im Regionalen Entwicklungskonzept (REK 2023-2027) beschriebene Entwicklungsstrategie gemäß der Anlage 1 aktiv unterstützen und beabsichtigt die Mittel für die kommunale Kofinanzierung des LEADER-Prozesses und des Regionalmanagements für die Jahre 2023 bis mind. 2029 bereitzustellen.

Die Beschlussfassung für diesen Zeitraum steht unter dem Vorbehalt der jährlichen Haushaltsbeschlüsse und ist im Rahmen einer gesonderten Beschlussvorlage zu konkretisieren.

Die Samtgemeinde Baddeckenstedt ist darüber hinaus bereit, für Projekte in eigener Trägerschaft bzw. mit eigener Beteiligung die erforderlichen Kofinanzierungsmittel bereit zu stellen, sofern es die haushaltswirtschaftliche Lage zulässt. Dem im Regionalen Entwicklungskonzept aufgeführten Finanzplan wird zugestimmt.

3. Die LAG als nicht wirtschaftender Verein ohne Rechtskraft darf ihren Sitz bei der Gemeinde Schladen-Werla einrichten.
4. Entsprechende Verwaltungsvereinbarungen zu diesen Beschlüssen sind zu gegebener Zeit abzuschließen.

* Aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen auf EU-Ebene wird die neue Förderperiode erst in 2023 starten können. Für den Übergangszeitraum von zwei Jahren wird der derzeitige GAP-Rahmen durch eine Übergangsverordnung fortgesetzt. Die neue Bezeichnung lautet somit Förderperiode 2023-2027 und erstreckt sich über 5 statt der üblichen 7 Jahre.

12. Leitungsgebundene Löschwasserbereitstellung; Vereinbarung des Wasserverbandes Peine

SGB Brandt erläutert, dass der WV Peine rechtliche Bedenken habe, dass der Verbraucher und Endnutzer über den Trinkwasserpreis auch die Vorhaltung der Löschwasserversorgung bezahlen. Daher wolle die Mitglieder im Wasserverband Peine eine Vereinbarung treffen, dass jedes Mitglied bzw. jede Kommune das Löschwasser über eine Umlage bezahlen werde. Der Sprecher geht darauf ein, dass es im Nachgang noch Abstimmungen mit den Feuerwehren geben müsse, die Gemeindebrandmeister seien jedoch bereits über das Löschwasserkonzept informiert worden.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Samtgemeinde Baddeckenstedt schließt mit dem Wasserverband Peine die als Anlage angefügte Vereinbarung über die Bereitstellung von Löschwasser aus dem leitungsgebundenen Wasserversorgungsnetz des Verbandes, welche rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft tritt

13. Beschlussfassung über die Benennung von Mitgliedern für den Vorstand des Wasserverbandes Harz-Heide

SGB Brandt geht darauf ein, dass der neue WV Harz-Heide gegründet werden soll und verweist auf die Vorlage.

RM Schrader bittet um Berichterstattung, sobald eine Sitzung des WV Harz-Heide stattgefunden habe.

RM Brandes merkt an, dass dies eine Selbstverständlichkeit sei.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Samtgemeinde Baddeckenstedt entsendet Herrn Samtgemeindebürgermeister Frederik Brandt als ordentliches Mitglied und Frau Samtgemeindeoberrätin Birgit Simons als stellvertretendes Vorstandsmitglied in den Vorstand des Wasserverbandes Harz-Heide.

14. Antrag der Ratsfraktion des Bürgerforum Baddeckenstedt und der Ratsgruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN – DIE LINKE auf Änderung der Geschäftsordnung

RM Wiezer führt aus, dass in der Geschäftsordnung verschiedene Punkte nicht rechtssicher seien und einer Änderung bedürften. Der Sprecher geht auf die im Antrag aufgeführten Punkte detailliert ein.

RM König stellt den Antrag, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen, um in der nächsten SGR-Sitzung verbindlich darüber zu entscheiden zu können.

RM Grenz schließt sich dem Antrag von RM König an, da in den Fraktionen über das Thema bisher noch nicht gesprochen werden konnte.

RM Wiezer merkt an, dass der Antrag fristgerecht eingereicht und veröffentlicht worden sei, ist jedoch damit einverstanden, den Antrag auf die nächste SGR-Sitzung zu vertagen.

RM Brandes lässt über den weitestgehenden Antrag abstimmen.

Dem weiterführenden Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Ergebnis: Tagesordnungspunkt zurückgestellt

15. Sachstandsbericht RVZ und MVZ

SGB Brandt teilt mit, dass derzeit zahlreiche bürokratische Formalitäten geklärt werden müssten. Am 25.05.22 sei das MVZ von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsens genehmigt worden. Man rechne damit, dass das MVZ zur Jahresmitte Anfang Juli eröffnet werden könne. An dem Prozedere werde sich für die Bürgerinnen und Bürger nichts ändern, da die Ärzte und das Personal bestehen bleiben würden. In Kombination mit dem RVZ werde es zudem einen Internetauftritt geben, der u. a. den Baufortschritt und generelle Informationen des RVZ abbilden werde. Der Bau des RVZ werde sich etwas verzögern, da die Umbaumaßnahmen der Sparkasse im Bereich Holle noch nicht abgeschlossen seien.

16. Sachstandsbericht Flüchtlingssituation

SGB Brandt teilt mit, dass derzeit 140 Flüchtlinge unterschiedlichster Herkunft in der SG leben würden, wovon 52 Personen aus der Ukraine stämmig seien. Im gesamten LK WF (Stand: KW 24) seien 1.062 vertriebene Personen registriert worden. Der Sprecher informiert, dass am 09.05.2022 ein runder Tisch stattgefunden habe, um allen Entscheidungsträgern, freiwilligen und ehrenamtlichen Personen die Möglichkeit zu geben, in den Austausch zu gehen. Zudem sei man mit einem Rechtskreiswechsel beschäftigt. Die geflüchteten Menschen aus der Ukraine würden nun nicht mehr über das Asylbewerberleistungsgesetz behandelt, sondern würden unter das SGB XII fallen. D. h., dass das Jobcenter nun für die Flüchtlinge zuständig sei. Die SG-Verwaltung sei dadurch nur noch mittelbar involviert.

Fr. Findling bedankt sich für die Einladung und erläutert, dass sie seit vielen Jahren als Migrationsbeauftragte in der SG ehrenamtlich tätig sei. Die Sprecherin geht auf die zuvor genannte Flüchtlingssituation ein und bemängelt, dass der Datenschutz die Arbeit enorm erschwere, da man keinen Zugang zu den Flüchtlingszahlen habe. Bei dem runden Tisch im Mai habe man das Problem bereits angesprochen. Die Sprachschule sei in der Vergangenheit eine große Unterstützung gewesen. Bisher konnten noch keine Informationen seitens des LK gemacht werden, wann die Sprachschule wiedereröffnet werde.

RM Söhnel geht auf das Problem der sprachlichen Barrieren ein und merkt an, dass lt. Kreistag im Mai 2022 Sprachkurse in Schladen, Schöppenstedt, Baddeckenstedt und Wolfenbüttel angeboten werden sollten.

SGB Brandt antwortet darauf, dass dies noch in der Schwebe stehe, da man abhängig von anderen Institutionen sei. Solange die Sprachschule nicht genügend Dozenten akquirieren könne, könne von dort aus auch nichts angeboten werden. Der SGB äußert, dass bereits privat organisierte Sprachangebote im Raum Haverlah und Heere stattgefunden hätten. Diese seien jedoch nicht die Angebote, die in Baddeckenstedt hätten stattfinden sollen.

RM Brandes merkt an, dass die SG nichts initiieren könne, was auf Kreisebene stattgefunden habe. Die Sprecherin möchte wissen, ob seitens der HVBs eine Richtung festgelegt wurde.

SGB Brandt geht darauf ein, dass auf Ebene der HVBs derzeit der Rechtskreiswechsel im Fokus stehe.

RM Karbstein erläutert, dass er seit 2015 ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätig und Hauptansprechpartner für den OT Klein Elbe sei. Mittlerweise seien Flüchtlinge in Kl. Elbe angekommen. Hier habe man jedoch keine Informationen seitens der SG-Verwaltung erhalten.

RM Brandes merkt an, dass die Netzwerke erst wiederaufgebaut werden müssten bzw. die SG die Informationen an die entsprechenden Personen weiterleiten müsse.

Fr. Findling äußert, dass hier der Datenschutz problematisch sei.

Fr. Busch macht den Vorschlag, den Flüchtlingen die Daten von RM Karbstein zur Verfügung zu stellen.

RM Brandes sichert zu, dass man hier Mittel und Wege finden werde.

17. Mitteilungen

17.1. Mitteilungen: Breitbandversorgung Netzgesellschaft Braunschweiger Land

SGB Brandt teilt mit, dass im Bereich Baddeckenstedt und Oelber derzeit die Vorvermarktung des Glasfaserausbaus stattfindet. Dies sei bereits medial beworben worden. Die Netzgesellschaft Braunschweiger Land sei für den Ausbau des Glasfasernetzes verantwortlich. Derzeit laufe noch die Vorvermarktungszeit, das heiße, dass bis zum 22.07.2022 der Anschluss noch beantragt werden könne um diesen auch definitiv kostenfrei gelegt zu bekommen. Der SGB bittet darum, davon Gebrauch zu machen, da auch gewisse Vermarktungsquoten erreicht werden müssten. Sollten die Quoten nicht erreicht werden, müsse damit gerechnet werden, dass gewisse Ortschaften erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgebaut bzw. ans Ende der Ausbauschleife gestellt würden. Es handele sich zudem um ein Solidaritätsprojekt, bei dem 97 Ortschaften der Gemeinden und Samtgemeinden im LK WF gemeinsam unterwegs seien. Man habe nur ein gewisses Gesamtvolumen zur Verfügung, welches auf die Gemeinden und Samtgemeinden aufgeteilt werde.

17.2. Mitteilungen: Bereich Kernverwaltung

SGB Brandt teilt mit, dass im Bereich der Kernverwaltung, rückwirkend zum 01.06.2022, Verw.-Ang. Marina Kiehne zur stv. Amtsleitung des Amtes I bestellt wurde.

18. Anfragen

18.1. Anfrage (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - DIE LINKE) i.S. Beschlusskontrolle nach § 58 ABs. 4 S 1 NKomVG Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - DIE LINKE zur Artenvielfalt

RM Schrader führt den Antrag seitens der Ratsgruppe Bündnis 90/ Die Grünen – DIE LINKE aus und fragt nach dem Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses.

SGB Brandt berichtet, dass der Auftrag im Herbst 2018 dem zuständigen Sachbearbeiter zugegangen und die Umsetzung im Herbst 2020 abgeschlossen worden sei. Der Sprecher äußert, dass Blühstreifen mit einer Fläche von insgesamt 2.081 m² angelegt wurden.

18.2. Anfrage (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - DIE LINKE) i.S. Gleichstellungsbericht

RM Schrader führt den Antrag seitens der Ratsgruppe Bündnis 90/ Die Grünen – DIE LINKE aus und möchte wissen, wann der SGB zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten den nächsten Gleichstellungsbericht im Samtgemeinderat bekannt geben würde.

Fr. Busch stellt sich vor und geht auf die Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten und den Gleichstellungsplan ein. Die Sprecherin führt aus, dass sie seit Sommer 2020 als ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte arbeite. Der Gleichstellungsbericht hätte relativ kurzfristig nach Amtseintritt abgegeben werden müssen. Es sei jedoch wichtig, Ziele zu nennen die auch erreichbar seien, gerade auch im Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Die Gleichstel-

lungsbeauftragte sicherte zu, den Bericht Ende des Jahres abzugeben und erhoffe sich bis dahin verlässlichere Planungen.

SGB Brandt merkt an, dass aufgrund des Amtswechsels und der Situation, dass man einen langjährigen Mitarbeiter verloren habe (federführend in diesem Bereich) es zu Verzögerungen innerhalb dieses Aufgabenbereiches gekommen sei.

18.3. Gemeinsame Anfrage (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - DIE LINKE und Bürgerforum) im Sinne Berufung im kommunalen Schulausschuss nach § 110 NSchG

RM Schrader führt den Antrag seitens der Ratsgruppe Bündnis 90/ Die Grünen – DIE LINKE und dem Bürgerforum aus und bittet um Beantwortung der dort aufgeführten Fragen.

SGB Brandt erläutert, dass die Sachbearbeiterin, die für diesen Bereich zuständig ist, momentan nicht im Dienst sei. Daher sei es nicht möglich gewesen, die Fragen 1 - 4 zu beantworten. Der SGB bittet um Verständnis und sichert zu, die Fragen im Protokoll zu beantworten.

Anmerkung im Protokoll:

Beantwortung der Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen - DIE LINKE und Bürgerforum:

- 1) Seit jeher setzt sich der Schulausschuss bei der Samtgemeinde Baddeckenstedt neben den politischen Mandatsträgern aus den jeweiligen Schulleitungen bzw. deren Vertretungen und den gewählten Elternvertretungen jeder Schule zusammen. Ein gesondertes Berufungsverfahren gem. § 2 der Verordnung über das Berufungsverfahren für die kommunalen Schulausschüsse gab es bislang nicht.
- 2) Die Erziehungsberechtigten, deren Kinder an den jeweiligen Grundschulen sind, wählen mit Beginn des neuen Schuljahres Vertreter*innen aus ihren Reihen. Ebenso werden daraus Vertreter*innen für den Schulausschuss gewählt, die der Verwaltung mitgeteilt werden. Diese sind ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss, solange sie in dieser Funktion weiterhin aus der Elternschaft zu jedem Schuljahr bestimmt/ gewählt werden und ein Kind an der jeweiligen Schule haben. Wann diese Wahlen an den Schulen stattgefunden haben, ist nicht konkret bekannt. Üblicherweise werden diese zeitnah zu Beginn des neuen Schuljahres von der Schule durchgeführt.
- 3) Eine gesonderte Aufforderung gab es nicht. Das Verfahren ist -wie oben beschrieben- gängige Praxis von Beginn an (seit Samtgemeindebestehen).
- 4) Ein gesondertes Berufungsverfahren gab es aus den o.g. Gründen bislang nicht.

18.4. Anfragen: Zulassungsstelle in der Samtgemeinde

RM Grenz äußert, dass in der Vergangenheit mehrfach die Situation entstanden sei, dass die Öffnungszeiten der Zulassungsstelle der SG erheblich eingeschränkt werden mussten. Dies habe zudem enormen Einfluss auf den Schilderdienst gehabt. Der Sprecher möchte wissen, wie die Situation der Schließung bzw. Nichtanbietung von Öffnungszeiten vermieden werden könne.

SGB Brandt erläutert, dass sich diese unbefriedigende Situation aufgrund von Krankheitsausfällen und Urlaubszeiten ergeben hätte. Zudem sei der langjährige Mitarbeiter Hr. Leuschner in den Ruhestand gegangen. Man könne hier nicht einfach diverse Mitarbeiter entsenden, da eine gewisse Auslastung an dem Terminal bzw. in der Software und Rechtsmaterie benötigt werde. Der SGB teilt mit, dass die zukünftigen Personalkapazitäten, die in Amt II aufgebaut werden würden, die Zulassungsstelle zusätzlich bedienen sollen.

18.5. Anfragen: Leitbild der Samtgemeinde

RM Söhnel geht auf das Leitbild der SG, insbesondere auf den Bereich „Jugend und junge Erwachsene“, ein. Ziel sei hier unter anderem die Durchführung einer Befragung unter der Jugend, wie diese ihre berufliche Perspektive sehen und unter welchen Bedingungen kein Wegzug aus der Samtgemeinde in Betracht käme. Der Sprecher möchte wissen, ob bisher eine Durchführung stattgefunden habe, wann diese geplant sei und ob es bereits konkrete Erkenntnisse gäbe.

SGB Brandt sicherte eine Beantwortung der Frage im Protokoll zu.

Anmerkung im Protokoll:

Das Leitbild der Samtgemeinde Baddeckenstedt ist aus dem Jahre 2011 und seither niemals fortgeschrieben worden. Ein Versuch der Fortschreibung unter Beteiligung der politischen Mandatsträger und der Öffentlichkeit in der letzten Legislaturperiode ist in der politischen Diskussion dazu abgelehnt worden. In Folge dessen besteht das bisherige Leitbild fort, in dem nicht mehr aktuelle Themen und Ansätze enthalten sind. Die Befragung der Jugendliche erfolgte daher bislang nicht.

18.6. Anfragen: Personalentwicklung Samtgemeinde

RM Wolf fragt nach, ob in der SG Personalmanagement zukünftig vorausschauend geplant werde. Der Sprecher bittet darum, im nächsten SGA darüber zu berichten.

SGB Brandt geht darauf ein, dass die neue Hauptamtsleiterstelle des Amtes IV dieses Thema aufgreifen werde. Es solle dort eine Persönlichkeit installiert werden, die sich auch um die Personalentwicklung kümmern werde. Der SGB äußert, dass die langfristige Personalentwicklung zudem in seinem Bereich liegen würde und die neu zu besetzende Stelle hier unterstützen solle. Der Sprecher sichert zu, in einer der nächsten SGA-Sitzungen über den aktuellen Stand zu berichten.

18.7. Anfragen: Glasfaserausbau - aktueller Stand der Quote

RM Scheuvers fragt nach dem aktuellen Stand der Quote für die Ortsteile Baddeckenstedt und Oelber in Bezug auf den Glasfaserausbau.

SGB Brandt antwortet darauf, dass über die Quote keine Aussage getroffen werden dürfe. Der SGB äußert, dass in den Ortschaften ein massives Portfolio an Werbung betrieben wurde und bittet die Ratsmitglieder den Ausbau weiterhin zu bewerben.

RM Kott möchte wissen, wann die anderen Ortschaften ausgebaut werden bzw. ob es hier einen Zeitplan geben würde.

SGB Brandt erläutert, dass dies davon abhängt, ob die Ortschaften Baddeckenstedt und Oelber im Jahr 2022 ihre Quote erfüllen und in diesem Zuge ausgebaut werden würden. Falls nicht, gäbe es Verschiebungen und Veränderungen im Zeitplan. Der SGB geht darauf ein, dass angedacht sei, das Projekt solidarisch zu betreiben, d. h., dass jedem Beteiligten (Kommunen im LK WF) ein gewisses Kontingent zustehe, gleichermaßen auszubauen.

18.8. Anfragen: Feola - Ferienaktion in der Samtgemeinde Baddeckenstedt

RM Sander fragt nach, ob es in diesem Jahr das Feola Ferienprogramm geben werde.

SGB Brandt antwortet darauf, dass in diesem Jahr eine kleinere Version des Ferienprogrammes geplant sei.

RM Wagner äußert, dass er Vereinsvorsitzender sei und der Verein in den letzten Jahren immer bei der Ferienaktion teilgenommen habe. Dies sei zudem wichtig, um Nachwuchs für die Zukunft zu generieren. Die Aktion sei außerdem ein wichtiges Freizeitangebot für die Kinder in der Samtgemeinde.

RM Wolf möchte wissen, ob Verw.-Ang. Sebastian Derer noch für die Jugendarbeit zuständig sei.

SGB Brandt bejaht dies, teilt jedoch mit, dass er zukünftig andere Aufgaben übernehmen werde.

19. Einwohnerfragestunde

19.1. Einrichtung eines Funktionspostfaches

Hr. A. Beims bezieht sich auf den runden Tisch (Thema Ukraine-Flüchtlinge) am 09.05.2022 und geht darauf ein, dass im Sinne der Arbeitserleichterung ein Funktionspostfach eingerichtet werden sollte, damit sich die Mitarbeiter selbst organisieren könnten. Dies sei bis heute nicht geschehen, daher möchte der Sprecher wissen, wie der aktuelle Stand sei.

SGB Brandt teilt mit, dass das Funktionspostfach bereits eingerichtet und scharf geschaltet worden sei. Dies müsse noch kommuniziert werden.

19.2. Löschmittelbemessung im Bereich des Windparks Elbe/ Steinlah

Hr. A. Beims möchte wissen, wie die Löschmittelbemessung im Bereich des Windparks Elbe/ Steinlah inkl. Umspannwerk erfolge und ob diese ausreichend gewährleistet sei.

SGB Brandt bittet darum, die Frage nochmals per E-Mail zu konkretisieren, da es sich um ein umfangreiches und spezifisches Thema handele. Dem Fragesteller wird entsprechend eine Antwort zugesagt.

19.3. Hortsituation Elbe

Fr. Langer geht darauf ein, dass Sie bereits bei der Infoveranstaltung im Mai nachgefragt habe, warum übergeordnete Stellen wie der LK und die Landesschulbehörde nicht mit in die Materie involviert worden seien. Die Sprecherin habe bereits mit dem Dezernenten vom LK WF und mit der Landesschulbehörde, die bisher nicht von der SG über die Situation unterrichtet worden seien, gesprochen. Daher möchte Fr. Langer wissen, was die SG unternehme um das Problem langfristig zu lösen, außer Stellen auszuschreiben, damit alle Kinder einen Hortplatz bekommen würden.

SGB Brandt erläutert, dass die Hortaufgabe Aufgabe der SG und nicht Aufgabe des LK oder der Landesschulbehörde sei. Hierbei handele es sich um eine freiwillige Leistung der SG Baddeckenstedt. Die Probleme die derzeit akut seien, würden daraus resultieren, dass Fachpersonal benötigt werde. Zudem sei man im Austausch mit anderen Personen anderer Institutionen.

Man wüsste aber nicht, wie das Problem gelöst werden könne, wenn kein zusätzliches Fachpersonal akquiriert werden könne.

19.4. Scheckeinlösungen von Geflüchteten

Hr. Kamphenkel berichtet, dass Geflüchtete in der Situation seien, auf bare Auszahlungen per Scheck angewiesen zu sein. Nun stelle sich die Frage, wenn die Sparkasse zukünftig wegfalle, ob diese Auszahlungen über die Volksbank erfolgen könnten.

SGB Brandt antwortet darauf, dass die SG dies in Amtshilfe für das Jobcenter ausführe und man mit der Scheckauszahlung eine gute Lösung gefunden habe. Derzeit sei man daran interessiert, dass jeder schnellst möglich einen Kontozugang erhalte. Sollte der Bedarf an Scheckeinlösungen bis zur Schließung der Sparkasse weiterhin Bestand haben, werde man frühzeitig auf die Volksbank zugehen, um die Auszahlung weiterhin möglich zu machen.

19.5. Datenschutz

Hr. Kamphenkel geht auf die Probleme zur Einhaltung des Datenschutzes ein und möchte wissen, wann Gelder in die Hand genommen werden, um das Thema verbindlich zu klären (welche Daten an ehrenamtlich Tätige herausgegeben werden dürften).

RM Wolf verweist auf den/die Landesdatenschutzbeauftragte(n).

SGB Brandt fragt nach, welche Bereiche dafür abgefragt werden sollen und das geklärt werden könne, welche Daten pauschal an ehrenamtlich Tätige herausgegeben werden dürften.

Hr. Kamphenkel fügt hinzu, dass er einige Beispiele zur Verfügung stellen könne.

Auch RM Brandes spricht sich dafür aus, dies schriftlich zur Verfügung zu stellen. Die Sprecherin appelliert zudem an die Solidarität zu den anderen Fragenden, da die Einwohnerfragestunde in den nächsten zehn Minuten geschlossen werden würde.

19.6. Aufgaben Frau Tozlu - LK WF

Hr. Kamphenkel führt aus, dass seit Mitte Februar/ Anfang März 2022 eine Mitarbeiterin des LK WF (Frau Tozlu) tageweise in der SG Baddeckenstedt für Sozialangelegenheiten eingesetzt sei. Den ehrenamtlichen Akteuren sei noch nicht klar, welche konkreten Aufgaben diese Mitarbeiterin ausführe. Der Sprecher stellt die Frage, ob es möglich sei darüber aufgeklärt zu werden.

SGB Brandt teilt mit, dass Fr. Tozlu vom LK bestellt worden sei und die SG lediglich die Räumlichkeiten zur Verfügung stelle. Der SGB bittet darum, die Inhalte der Arbeit über den Kreistag zu erfragen.

19.7. Freiwillige Leistungen für ehrenamtlich Tätige

Hr. Kamphenkel informiert, dass es im Zusammenhang mit den ehrenamtlichen Tätigkeiten mit Geflüchteten einen „Topf“ für freiwillige Leistungen geben würde. Dort könnten u. a. Fahrtkosten abgerechnet werden. Nun habe man erfahren, dass die SG Baddeckenstedt nicht der korrekte Ansprechpartner dafür sei, solange noch Gelder beim LK vorrätig wären. Der Sprecher wünscht sich, dass im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten schneller agiert werde, damit man nicht auf den Kosten sitzen bleibe.

SGB Brandt sichert zu, dieses Problem mit der zuständigen Sachbearbeiterin zu besprechen, um die Kommunikation zu verbessern.

19.8. Ausschusssitzung öffentliche Sicherheit des Landkreises Wolfenbüttel

Hr. Kamphenkel äußert, dass in der Ausschusssitzung öffentlicher Sicherheit des LK WF die Landrätin in Bezug auf den Ukraine-Krieg gesagt habe, dass man nicht alle Kinder und Jugendlichen in den Schulen und Kitas unterbringen könne und Konzeptvorschläge gewünscht seien. Der Sprecher habe beim BGM der Gemeinde Haverlah ein Projekt skizziert, wie man im DGH Steinlah eine Art Mutter-Kind-Begegnungszentrum errichten könne. Das Thema wurde im Gemeinderat Haverlah diskutiert. Die Konzeptidee wurde dem SGB zugesandt. Dieser habe mitgeteilt, dass Verw.-Ang. Melanie Ahmann für diesen Bereich zuständig sei. Fr. Ahmann habe die Konzeptidee an den LK weitergeleitet. Hr. Kamphenkel möchte daher wissen, wann auf die ehrenamtlich Tätigen zugegangen werde.

SGB Brandt sichert zu, sich um das Thema zu kümmern.

19.9. Wasserverband Harz/Heide

Fr. Bock geht auf die Neugründung des WV Harz/Heide ein und möchte wissen, welchen Aufgaben dieser WV nachgehe.

SGB Brandt äußert, dass die Hauptaufgabe des WV der Hochwasserschutz sei.

19.10. Projektgruppe Ursachenforschung

Hr. M. Beims möchte wissen, ob es eine Ursachenforschung gegeben habe, warum es nicht gelinge, junge Menschen (Erzieher/innen) in den Kitas zu halten. Der Sprecher geht darauf ein, dass dieses Problem in der Kita in Heere schon seit Jahren existiere.

SGB Brandt sichert eine Beantwortung der Frage im Protokoll zu.

Anmerkung im Protokoll:

Eine Ursachenforschung, warum manches Fachpersonal die Samtgemeinde wieder verlässt, gibt es lediglich im Rahmen von persönlichen Gesprächen mit den jeweiligen Personen. Vielfach sind es private Gründe. Selten werden fachliche oder spezifische Gründe, bezogen auf die Einrichtung, genannt. Sollten solche Gründe im Gespräch mitgeteilt werden, folgen daraus entsprechende Schlüsse, sofern möglich. Eine Ursachenforschung wird -außer in der genannten Weise- nicht betrieben.

Brandt
Samtgemeindebürgermeister

Brandes
Ratsvorsitzende

Kathrin Vogt
Protokollführerin

Anlage zum Protokoll - TOP 18.1
Liste Blühstreifen